

KLARTEXT

aus dem Bundestag



Wir lassen uns nicht unterkriegen!

Es war nicht anders zu erwarten: Das Superwahljahr 2024 wird für die AfD mit harten Angriffen einhergehen. Viele Menschen, darunter auch Kinder, bemerkenswerterweise aber kaum Migranten, werden von der Regierung und deren Medien mit Lügengeschichten auf die Straßen gelockt oder getrieben. Viel zu groß ist die Angst der Altparteien um ihre Pfründe, um attraktive Posten und Mandate. Aus diesem Grund versucht man alles, um die AfD, gerade angesichts guter Umfragewerte und einer desaströsen Ampelpolitik, klein zu halten. Man scheut sogar vor Lügenmärchen nicht und weiß sich der Unterstützung der Presse als vierte Macht sicher. Aktuell will die Bundesinnenministerin den Kampf gegen unliebsame Meinungen weiter vorantreiben und in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens vordringen: egal ob Sport oder Freizeit, Arbeit oder Hobby.

Der Kampf gegen die AfD wird und wurde noch nie mit Argumenten geführt, denn die Altparteien wissen selbst, dass sie so keine Chance hätten: Wir packen auch unbequeme Themen an und zeigen praktikable Lösungen auf. Egal, ob es um die illegale Migration nach Deutschland geht, die wir mit Hilfe eines lückenlosen Grenzschutzes und der konsequenten Abweisung Illegaler sowie der Abschiebung jener, die keinen Schutzstatus haben, und dem massiven Abbau von Migrationsanreizen bekämpfen werden, oder um die stagnierende Wirtschaftsleistung in Deutschland: Als AfD haben wir für alle Politikbereiche Lösungen erarbeitet, mit denen wir unsere Heimat voranbringen werden.

Wir stehen für eine moderne und kostengünstige Energieversorgung, um Deutschland zukunftsfest zu machen, für Bürokratieabbau, der seinem Namen alle Ehre macht, und für deutliche steuerliche Entlastungen. Mit uns wird es keine Förderung von peruanischen Radwegen geben, die keinen Mehrwert für die deutsche Bevölkerung bringen, und auch die Finanzierung von linken Stuhlkreisen muss auf Null gesetzt werden. Die AfD macht Politik für die Bürger, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Die von diesen erarbeiteten Steuergelder werden wir auch zu deren Wohle einsetzen. Aber nicht nur das. Auch die Entpolitisierung der Justiz ist mir persönlich ein wichtiges Anliegen. Sie ist Voraussetzung für eine Gewaltenteilung, die wir derzeit in Deutschland vergeblich suchen. Machen Sie sich vor Ihren anstehenden Wahlentscheidungen selbst ein Bild von uns: Treffen Sie uns an unseren Infoständen und bei unseren Veranstaltungen. Kommen Sie mit uns ins Gespräch!

Ihr Euer Stephan Brandner



www.stephan-brandner.de

Lesen und weitergeben!

März 2024

8. Jahrgang, Ausgabe 22, 03/2024

Keine Ausreden mehr: Regierung soll auf Gehaltserhöhung verzichten

Zum 1. März steigen nicht nur die Bezüge der Beamten, auch die Bundesregierung konnte sich über eine saftige Gehaltserhöhung freuen. Wir sind der Meinung, angesichts der aktuellen Haushaltsschiefelage, dass es mehr als unverständlich ist, dass etwa Minister Lindner rund 2.000 Euro im Monat zusätzlich verprassen kann - mehr also, als viele Bürger überhaupt in der Tasche haben. Die Bundesregierung redet sich heraus und meint, sie dürfe aus gesetzlichen Gründen nicht auf Teile der Amtsbezüge verzichten. Wir helfen gern, denn Gesetze kann man ändern! Unser Gesetzesentwurf sieht vor, dass jeder Minister selbst entscheiden kann, ob er die Zusatzgelder wirklich braucht oder sie zum Wohle der Bevölkerung in der Staatskasse belässt. Transparenter geht es nicht!



Keine Rücknahme von Asylbewerbern? Keine Entwicklungshilfe!

Die öffentlichen Entwicklungsleistungen und die sonstigen öffentlichen und privaten Leistungen zugunsten von Entwicklungsländern beliefen sich im Jahr 2021 auf 58,5 Milliarden Euro. Damit ist Deutschland weltweit nach den USA der zweitgrößte Zahler. Das wichtigste Empfängerland ist ausgerechnet Indien - also das Land, welches im vergangenen Jahr eine Mondlandung verwirklichen konnte. Während also in Deutschland kaputte Straßen und Brücken der Normalfall sind, das Schienennetz marode, die Schulen schlecht ausgestattet und die Vereine unterfinanziert sind, schicken wir Milliarden ins Ausland ohne, dass irgendein konkreter Nutzen erkennbar ist. Die Bauernproteste prallten an der Regierung ab, die Kürzungen blieben bestehen. Für uns steht fest: Wir müssen zunächst einmal unsere eigene Infrastruktur auf Trab bringen und einen schier unüberschaubaren Sanierungsstau aufholen. Länder, die mit uns kooperieren, was insbesondere die Aufnahme von Flüchtlingen angeht, sollen dafür auch entschädigt werden. Wer sich aber einer Zusammenarbeit entzieht, darf auch nicht damit rechnen, von unseren Steuergeldern profitieren zu können.





Bürgerdialog Gera



Politischer Aschermittwoch Osterhofen



Neujahrsempfang Augsburg



Vermittlungsausschuss



Landesparteitag NRW



Bürgerdialog Bayreuth



Bürgerdialog Birkenwerder



Besuch Thüringer Katastrophenschutzschule



#Start2024 Apolda



#Start2024 in Gera



#Start2024 in Sömmerda



#Start2024 in Zeulenroda



Grüne Woche



#Start2024 Altenburg



Bauerndemo Berlin



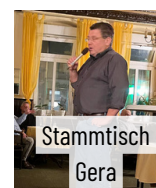
Wahlkampf Uwe Thrum



Infostand Altenburg



Kandidatenaufstellung Gera



Stammtisch Gera

Bauernproteste, unsere Start-Veranstaltungen in unseren Wahlkreisbüros, der Wahlkampf mit Uwe Thrum, Neujahrsempfänge und viele Bürgerdialoge haben das erste Quartal 2024 geprägt. Für uns ist der direkte Kontakt mit den Menschen vor Ort oberste Priorität.

Thüringer Unis als Erfüllungsgehilfen der Regierung

Die Thüringer Hochschulen rufen Studenten dazu auf, ihren Wohnsitz für die anstehenden Wahlen nach Thüringen zu verlegen, um das Wahlergebnis zu beeinflussen. Geworben wird zudem mit einer sogenannten Ummeldeprämie von bis zu 300 Euro. Eine Maßnahme, die undemokratischer kaum sein könnte, denn anscheinend hofft man darauf, dass Studenten aus anderen Bundesländern eher bereit sind, die Altparteienpolitik zu unterstützen als die Thüringer Bevölkerung.

Ich bin jedoch sicher: Wir sind mehr! Gehen Sie also bitte zur Wahl, machen Sie, wenn möglich, keine Briefwahl und zeigen Sie den Thüringer Hochschulen, was Sie von diesem undemokratischen Verhalten halten!

Bereit für den Stadtrat Gera

Auch in diesem Jahr kandidiere ich für den Stadtrat Gera, denn unsere schöne Stadt kann weit mehr, als sie in den letzten Jahren gezeigt hat. Ein Oberbürgermeister, der mit zahlreichen Versprechen startete und kaum eines hielt und sich damit begnügt, sein Gesicht in jede Kamera zu halten, tut der Stadt nicht gut. Unsere Kandidaten für den Geraer Stadtrat stehen bereit, um die Stadt voranzubringen. Unser Kommunalwahlprogramm ist dabei ganz deutlich: Wir wollen die Gewerbesteuer senken, die Mobilität, zum Beispiel durch die Instandsetzung von Straßen, fördern, Geras Attraktivität für medizinisches Personal erhöhen und die konsequente Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltstitel durchsetzen.

Das Thema Schwimmbad ist in Gera ein Dauerbrenner. Wir setzen uns dafür ein, dass bis zur Errichtung eines neuen Freibades im inneren Stadtgebiet durch die Einrichtung eines Buspendelverkehrs die Nutzung der Bäder in Kaimberg, Aga, Ronneburg, Weida und Bad Köstritz verbessert wird. Aber nicht nur das: Insgesamt muss der ÖPNV gestärkt werden. Kurz- und mittelfristig stehen der komplette Ausbau der Wiesestraße und die Ertüchtigung des Straßennetzes an. Das Vertragsverhältnis zwischen Stadt und GVB muss neu gefasst werden.

Unser Wahlprogramm klärt ausführlich über alle Punkte auf, die uns am Herzen liegen. Bei unseren zahlreichen geplanten Veranstaltungen in Geras Stadtteilen und unseren regelmäßigen Infoständen können wir über unseren Plan für Gera ins Gespräch kommen!



Zum Programm:



»Mr. Cashmoney« lehren wir das Fürchten

24 Kinder und 1,5 Millionen Euro vom Staat: Der deutsche Staatsbürger nigerianischer Herkunft, der in den sozialen Medien mit seinem Reichtum hausieren geht und sich über die deutsche Politik wohl totlacht, hat unter dem Namen »Mr. Cashmoney« für Schlagzeilen gesorgt. Sein Geschäftsmodell sind Scheinvaterschaften, mit Hilfe derer sich Mütter, Kinder und sonstige Angehörige (nicht zuletzt die wahren Väter) Aufenthaltserlaubnisse und soziale Unterstützungsleistungen in Deutschland erschleichen. Das Geschäft ist längst bekannt, die gespielte Empörung der Altparteien geheuchelt. Dem deutschen Staat gehen hunderte Millionen Euro verloren, weil geltendes Recht keine DNA-Analyse vorsieht, um Zweifel an einer Vaterschaft auszuräumen. Unser Gesetzentwurf schließt diese Lücke und sorgt dafür, dass »Mr. Cashmoney« sich ein neues Betätigungsfeld suchen muss.

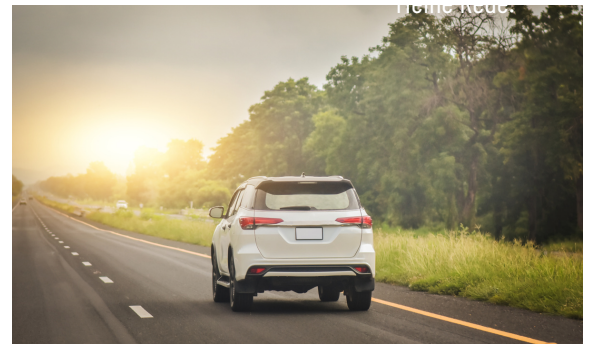


Bundesregierung legt 13 Punkte im Kampf gegen die Demokratie vor

Die Bundesregierung hat unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Rechts ein Papier vorgelegt, das die Axt an unsere Demokratie legt. Es sieht unter anderem vor, Finanzierungsquellen trocken-zulegen, Netzwerke zu zerstören, sogenannten Hass im Netz zu bekämpfen, ausländischer Einflussnahme entgegenzuwirken, Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, Rechtsextremisten zu entwapfen, den Sport zu politisieren und angegriffenen "Demokraten" den Rücken zu stärken. Was auf den ersten Blick vernünftig klingen mag, ist in Wirklichkeit der zu Papier gebrachte Kampf gegen alle Meinungen, die der Regierung nicht passen. Unser Grundgesetz schützt die Meinungsfreiheit. Darunter fällt auch die (zumal berechnigte) Kritik an unserem Staat. Es ist eben keine strafbare und auch keine unrechte Meinung, wenn ich staatliche Organisationen und deren Handeln kritisiere. Eine Demokratie lebt vom Wettstreit der Positionen und kann an diesen sogar wachsen - selbst wenn die Regierenden die Argumente nicht überzeugend finden. Als AfD stehen wir für die Grundwerte unseres Grundgesetzes und werden diese auch in stürmischen Zeiten verteidigen.

Verbrenner-Aus wäre eine Katastrophe für den ländlichen Raum

Das von der EU und Ursula von der Leyen (CDU) vorangetriebene Verbot von Verbrennerautos wäre für unsere ländliche Region eine Katastrophe. Die Vorhaben sind nicht nur vollkommen unrealistisch, sie werden auch insbesondere für die Menschen auf dem Land mit massiven Einschränkungen einhergehen, denn der öffentliche Personennahverkehr ist von einem Kollaps an vielen Stellen nicht weit entfernt und schlicht nicht praktikabel. Auch Fahrrad und Lastenrad stellen keine Alternative dar. Für uns steht fest: Politik muss alle Bürger mitnehmen, auch die, die sich kein E-Auto leisten können oder wollen, die, für die das Fahrrad keine Alternative ist und auch die, die abgelegen in dörflichen Regionen leben und ihre Einkäufe trotzdem erledigen müssen. Wir stehen für einen umfassenden Individualverkehr, der ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.



Immer mehr Arbeitslose im ländlichen Raum

Während sich die Gesamtanzahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat nur marginal von 22.995 zu 23.069 erhöhte, ist im Februar 2024 in Ostthüringen besonders ein Anstieg ausländischer und junger Arbeitssuchender (15-25 Jahre) zu verzeichnen. Die Anzahl ausländischer Arbeitssuchender erhöhte sich von 5.899 zu 6.056, die Anzahl Arbeitssuchender der Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre von 2.121 zu 2.245. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 15 bis unter 25-Jährigen ist alarmierend. Außerdem ist die weitere Zunahme ausländischer Arbeitssuchender bedenklich. Ausländer machen in Ostthüringen 26,3% der Arbeitslosen aus. Damit sind sie, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, in der Arbeitslosenstatistik überrepräsentiert. Die Zahlen verdeutlichen erneut, dass die Integration ausländischer Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt nur unzureichend gelingt und den Fachkräftemangel in Deutschland nicht beheben können wird.

Demokratiefördergesetz: Verfassungswidriger Unfug!

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat die Verfassungsmäßigkeit des sogenannten Demokratiefördergesetzes überprüft. Allein der Fakt, dass ein Ampel-Abgeordneter, es war Kubicki von der FDP, versucht, ein Ampel-Vorhaben zu kippen, indem er den Wissenschaftlichen Dienst zur Rate zieht, zeigt die ungemein schwache Position der FDP in der Regierung. Die Anrufung des Wissenschaftlichen Dienstes gleicht also einem Hilfeschrei der FDP, die alle noch so irrsinnigen Vorhaben der Ampel mitträgt und dabei immer mehr Wähler vergrämt. Dass der Wissenschaftliche Dienst nur die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes mangels Zuständigkeit bestätigt, heißt aber leider noch lange nicht, dass die Bundesregierung dieses Vorhaben zu den Akten legt. Bisher zeigte sie wenig Interesse für gute Argumente, die gegen ihre Ideologieprojekte vorgebracht werden. Insofern würde es mich nicht wundern, wenn sie auf Gedeih und Verderb ihr Projekt zur Sicherstellung der Finanzierung ihrer linken Herzensprojekte durchziehen würde. Hier geht es um die institutionalisierte Förderung von fragwürdigen Organisationen wie der Amadeu-Antonio-Stiftung, die heute schon mit zig Millionen Euro öffentlichen Geldern beglückt werden. Mit uns in Verantwortung wird es die Förderung linker Stuhlkreise nicht geben! Das Geld wird an anderen Ecken, wo tatsächlich produktive und sinnvolle Arbeit geleistet wird, deutlich dringender gebraucht, etwa bei Sportvereinen, die häufig unter einer miserablen Ausstattung aufgrund mangelnder finanzieller Möglichkeiten zu leiden haben.



Wir sind für Sie da und hier:

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
kontakt@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Di. bis Do. 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Zeulenroda

Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg

Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
altenburg@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo. und Mi.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
goessnitz@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do. und Fr.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
soemmerda@
brandner-im-bundestag.de


Geöffnet: Mo.: 10-17 Uhr





Wahlkreisbüro Apolda

Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
apolda@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do 10-14 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz!

 www.stephan-brandner.de
 www.facebook.com/stBrandner
 www.twitter.com/stbrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner

 www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
 t.me/StephanBrandnerMdB
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJxIr>

Sie wollen mehr Informationen?

Erhalten Sie den wöchentlichen Rundbrief, Einladungen und mehr. Einfach in die Kontaktliste eintragen lassen unter kontakt@brandner-im-bundestag.de.

www.stephan-brandner.de

Correctiv kassiert 1,2 Millionen Euro vom Bund

Über Wochen gab es kaum ein anderes Thema als eine angebliche "Potsdamkonferenz", in der ein Konzept zur Remigration vorgestellt und diskutiert worden sein soll. In der Folge gingen auf Aufruf der Regierung viele Menschen auf die Straße. Mittlerweile ist kaum mehr etwas von den Äußerungen Correctivs übrig. Sie selbst haben ihre Äußerungen bereits mehrfach korrigiert. Dank meiner schriftlichen Anfrage wissen wir nun: Correctiv ist keine unabhängige Instanz. Sie werden mit über einer Million Euro Steuergeld allein aus dem Bund gefördert. Wie verlogen die ganze Debatte ist, sieht man nun deutlich. Es wird immer dabei bleiben: Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing.



Wir haben die Wanderausstellung ab 19. August in Gera!

Die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages war auf meine Einladung hin im vergangenen Jahr zu Gast in der Stadthalle Gößnitz. Auch in Sömmerda hat sie auf meine Initiative hin schon Halt gemacht. In diesem Jahr ist es uns gelungen, die Wanderausstellung nach Gera zu holen, was mich ganz besonders freut. Ab Mitte August haben Sie die Möglichkeit, einen Blick in den Bundestag zu werfen und sich mit meiner Arbeit dort vertraut zu machen. Vielleicht bekommen Sie dabei ja auch Lust, uns einmal in Berlin im Rahmen einer meiner Fahrten, die ich in jedem Jahr anbiete, zu besuchen. Ich werde da sein. Sind Sie auch dabei?

